



LANDES  
FRAUEN  
BEIRAT  
RHEINLAND-PFALZ

Landesfrauenbeirat Rheinland-Pfalz, Wallstr. 3, 55122 Mainz

## Vorsitzende



Ministerium für Bildung,  
Frauen und Jugend  
Wallstr. 3  
55122 Mainz

Telefon (0 61 31) 16 – 41 98  
mobil 0160 97248512  
Telefax (0 61 31) 16 – 46 36  
E-Mail: Landesfrauenbeirat@mbfj.rlp.de

## An die Damen und Herren von Presse, Funk und Fernsehen

### Pressemitteilung

Mainz, 30.06.2005

## Landesfrauenbeirat protestiert gegen Auflösung der Frauenministerinnenkonferenz

In einem Brief an Ministerpräsident Kurt Beck protestiert der Landesfrauenbeirat Rheinland-Pfalz gegen den Beschluss der Gleichstellungs- und Frauenministerinnen der Länder (GFMK), künftig nur noch gemeinsam mit der Jugendministerkonferenz zu tagen. Ministerpräsident Kurt Beck wird von den Beiratsfrauen aufgefordert, im Rahmen der Ministerpräsidentenkonferenz auf eine Rücknahme dieses Beschlusses hinzuwirken.

„Mit diesem Beschluss hat sich die Gleichstellungs- und Frauenministerinnenkonferenz selbst aufgelöst. Die Zusammenlegung mit der Konferenz der Jugendministerinnen kommt de facto einem Wegfall der Frauen- und Gleichstellungspolitik gleich. Dem können wir keinesfalls zustimmen“, so Rita Schmitt, Vorsitzende des Landesfrauenbeirates.

Den Fortbestand der Frauenministerinnenkonferenz hält die Lobby der rheinland-pfälzischen Frauen gerade heute für notwendiger denn je.

Schmitt: „Von einer tatsächlichen Gleichstellung sind wir immer noch in vielen Bereichen Lichtjahre entfernt. Solange die vom Grundgesetz geforderte tatsächliche Gleichstellung von Männern und Frauen nicht realisiert ist, kann auf Einrichtungen wie die Konferenz der Gleichstellungs- und Frauenministerinnen der Länder nicht verzichtet werden.“

Der Beschluss, die GFMK aufzulösen, ist auf Antrag und mit der Mehrheit der unionsregierten Länder beschlossen worden. Die antragstellenden Länder bezogen sich dabei auf einen Beschluss der Ministerpräsidentenkonferenz, nach dem unter dem Stichwort „Modernisierung der Länderzusammenarbeit“ alle nicht „unbedingt notwendigen Gremien“ abgebaut werden sollen.

„Es ist weder modern und schon gar nicht in der Sache richtig, Frauen auf die Rolle als Mutter zu reduzieren. Das aber impliziert das Zusammengehen mit der JugendministerInnenkonferenz“, kritisiert Schmitt.

Gerade auch die aktuelle Diskussion über den demographischen Wandel und die fehlenden Kinder berge die Gefahr, Frauen erneut zurück an den Herd zu zwingen. Solange die Vereinbarkeitsdiskussion ausschließlich für Frauen geführt werde und solange diese Gesellschaft nicht verinnerliche, dass Verantwortung für Kinder zu tragen kein Frauenthema sei, erscheine die gewollte Abschaffung frauenpolitischer Institutionen ein Schritt zurück in voremanzipatorische Zeiten.

Rita Schmitt: „So wichtig Familienpolitik auch ist, sie ist kein Ersatz für eine aktive Frauen- und Gleichstellungspolitik. Denn Frauen- und Gleichstellungspolitik umfasst eben mehr als die Vereinbarkeit von Familie und Beruf.“

Eine aktive Frauen- und Gleichstellungspolitik habe vielmehr zum Inhalt, die Frau als ganzheitliches Wesen in den Mittelpunkt der Politik und des gesellschaftlichen Verständnisses zu stellen. Dabei sei es ja gerade das Ziel, die Reduzierung der Frau auf die traditionelle Rolle der Mutter, Ehefrau und Hinzuverdienerin und die damit verbundenen Diskriminierungen zu überwinden.

Der Landesfrauenbeirat ist das Beratungsgremium der Landesregierung in frauenpolitischen Fragen. Im Beirat sind 17 landesweit agierende Verbände und Organisationen vertreten ([www.mbfj.rlp.de/landesfrauenbeirat](http://www.mbfj.rlp.de/landesfrauenbeirat)).